

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 55. Sitzung des Bauausschusses**

vom:	<b>18.11.2002</b>
von:	<b>14:30 Uhr</b>
bis:	<b>17:15 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Bauausschuss:

Stv Schulte, Werner - als Vorsitzender -  
AM Cziba, Ansgar  
AM Flender, Friedhelm  
Stv Gaden, Helga  
AM Grünekle, Klaus-Joachim  
AM Hellmann, Horst  
AM Kraus, Leonhard - für Stv Siebel, Helmut ab 15.35 Uhr, während TOP 7 ö. T. -  
Stv Panthöfer, Ulrich - bis 16.55 Uhr, während TOP Verschiedenes n. ö. T. -  
Stv Reitz, Manfred  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Schneider, Manfred  
AM Schultz, Walter  
Stv Siebel, Helmut - bis 15.35 Uhr, während TOP 7 ö. T. -  
AM Wagener, Eckhard

##### II. Beratende Mitglieder:

AM Berner, Hans  
AM Delius, Friedmund  
Stv Morgenschweis, Thomas - ab 14.45 Uhr, während TOP 6 ö. T. -

##### III. Als Zuhörer:

AM Kraus, Leonhard - bis 15.35 Uhr, während TOP 7 ö. T. -  
AM Leonhardt, Traugott  
Stv Moll, Ilona

##### IV. Aufgrund besonderer Einladung:

Dipl.-Ing. Krüger - Eigenbetrieb der Stadt Siegen -

V. Von der Verwaltung:

StBR Brune

Dipl.-Ing. Schul

Dipl.-Ing. Rohr

Dipl.-Ing. Diehl - ab 15.20 Uhr, während TOP 6 ö. T. -

Städt. OVR Düber - bis 15.30 Uhr, während TOP 7 ö. T. -

Dipl.-Ing. Schlenther

Dipl.-Ing. Roth - ab 16.10 Uhr, während TOP 2 n. ö. T. -

StA Langenbach - bis 15.30 Uhr, während TOP 7 ö. T. -

StOI Schöler - als Schriftführer -

Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um Punkt 3.1 ergänzt.

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Cziba bestimmt.

**55. BA 18.11.2002**

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.10.2002**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**55. BA 18.11.2002**

### 3. Fragestunde

#### 3.1. Ausbau der Stettiner Straße

Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.11.2002

Durch den Ausbau der Stettiner Straße sind den Anwohnern *keine* Kosten entstanden, so Herr Schlenther. Eine Antwort auf die Frage, wie hoch die anteiligen Kosten für die einzelnen Anwohner sind, erübrigt sich somit. Die Stettiner Straße wurde in einem bestimmten Streckenabschnitt aufgrund der Einrichtung eines Kinderspielplatzes als verkehrsberuhigter Bereich (nicht als Spielstraße) ausgewiesen. Die Form der Oberflächengestaltung der Bürgersteige ist in Abhängigkeit von der Finanzierung durch die Siegener Versorgungsbetriebe als Kostenträger zu sehen. Künftig wird größtenteils Verbundsteinpflaster verwandt.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

55. BA 18.11.2002

### 4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

55. BA 18.11.2002

5. 1. Änderung des Bebauungspl. Nr. 49 „Berghofstraße“ in Meiswinkel;  
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
  - Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
  - Beschluss der 1. Bebauungsplanänderung als Satzung

Vorlagenr. 2297/2002 - Vorlage vom 24.10.2002

#### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) keine Anregungen bzw. Stellungnahmen vorgebracht wurden;

3. die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" als Satzung;
4. die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" laut Anlage 2 zur Vorlage.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**55. BA 18.11.2002**

6. **7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet von Siegen v. 27.01.1981; hier: Erhöhung der einzelnen Gebührentarife nach § 4 der Satzung**

Vorlagenr. 2265/2002 - Vorlage vom 15.10.2002

Herr Reitz sieht ein großes Problem in dem Unverständnis, mit dem die Bevölkerung aufgrund zahlreicher Kostenerhöhungen in allen Lebensbereichen auf die vorgeschlagene Erhöhung der Gebühren für die Benutzung von Friedhöfen reagieren wird. Das neue Bestattungsgesetz birgt weitere, schlecht abschätzbare Unwägbarkeiten. Unter dem Vorbehalt, dass haushaltsrechtliche Gründe bezüglich des in der Vorlage genannten, anzustrebenden Kostendeckungsgrades keinen Spielraum nach unten lassen, sieht er sich mit ausdrücklichem Bedauern gezwungen, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Wenn sich der Trend zu möglichst billigen Bestattungen fortsetzt, wird sich die Stadt Siegen mit dem heute deutlich werdenden Problem noch öfter auseinanderzusetzen haben, meint Herr Kraus. Seine Zustimmung darf nicht als vorbehaltlos interpretiert werden.

Herr Schneider ist der Auffassung, dass die Steigerung der Personalkosten auch in der seinerzeit durchgeführten Splittung der ehemaligen Fachbereiche 7 und 8 begründet liegt. Bei der Kostenentwicklung bezüglich der Nutzung der Trauerhalle darf die wesentlich preisgünstigere private Bestattung nicht aus dem Auge verloren werden.

Vor dem Hintergrund, dass insbesondere der sozial schwach gestellte Personenkreis auf kostengünstige Bestattungsarten zurückgreift, sollten die Erhöhungen in diesen Bereichen moderater ausfallen. Er sieht diesbezüglich die Gefahr, dass eine Erhöhung der Gebühren für die Benutzung von Friedhöfen zu Mehrausgaben im Sozialetat führt. Herr Schneider beantragt daher, abweichend von der Darstellung der Vorlage die neuen Gebühren der Kostenstelle 11 für

- die Bestattungsart „Reihengrab (Kinder)“ auf 605,00 €
- die Bestattungsart „Reihengrab (Urne)“ auf 630,00 €
- die Bestattungsart „Anonym (Urne)“ auf 630,00 €

festzusetzen. Die Mindereinnahmen für die Stadt beliefen sich auf rd. 20 T€.

Herr Cziba schließt sich der Argumentation seines Vorredners bezüglich der Sozialverträglichkeit der zu bemessenden Gebühren an.

Dem Antrag Herrn Schneiders kann Herr Reitz nicht zustimmen. Er erachtet die ermittelten Gebührensätze als ausgewogene Mischung für die einzelnen Bestattungsarten.

Herr Düber zeigt auf, dass sich, dem Antrag von Herrn Schneider folgend, Mindereinnahmen i. H. v. 23.800,00 € ergäben. Bezugnehmend auf die Befürchtung der Verschiebung von Kosten zu Lasten des Sozial Etats weist er darauf hin, dass Sozialhilfeempfänger keine Urnen-, sondern eine Reihengrabbestattung erhalten.

Herr Morgenschweis bittet um eine Zurückstellung der Vorlage bis zur nächsten Sitzung, um eine intensivere Beschäftigung mit der Thematik zu ermöglichen.

**Beschlussvorschlag (mit Änderung auf Antrag von Herrn Schneider):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß Anlage 9 zur Vorlage die 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Siegen vom 27.01.1981 mit folgender Änderung:

Die Gebühr der Kostenstelle 11 für

- die Bestattungsart „Reihengrab (Kinder)“ wird neu auf 605,00 €
  - die Bestattungsart „Reihengrab (Urne)“ wird neu auf 630,00 €
  - die Bestattungsart „Anonym (Urne)“ wird neu auf 630,00 €
- festgesetzt.

**Beratungsergebnis: 5 Stimmen dafür (SPD / BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
8 dagegen (CDU, UWG), 0 Enthaltungen**

Der Antrag ist somit abgelehnt

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß Anlage 9 zur Vorlage die 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Siegen vom 27.01.1981.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU, UWG), 5 dagegen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen**

**55. BA 18.11.2002**

**7. Umänderung der Beleuchtungsanlage im Umfeld des Einkaufszentrums Weidenau**

Vorlagenr. 2321/2002 - Vorlage vom 28.10.2002

Aufgrund einer vor wenigen Tagen durch die Beleuchtungskommission durchgeführten Besichtigung „neuer“ Leuchten in Lüdenscheid beantragt Herr Rothenpieler, entgegen dem Beschlussvorschlag bei der Umrüstung anstatt auf HQL auf das in Lüdenscheid verwandte „neue“ Leuchtmittel zurückzugreifen. Hierbei handelt es sich auch um Weißlicht, doch ist bei gleicher Leistung eine höhere Ausbeute möglich.

Aus derzeitiger Sicht der Verwaltung kann dem Vorschlag von Herrn Rothenpieler gefolgt werden, so Herr Schlenther.

Herr Schulte wünscht vor einem Beschluss genauere Informationen zu den Merkmalen Kosten, Lebensdauer usw. im Vergleich.

Herr Cziba zeigt auf, dass bei Verwendung einer Natriumdampflampe ein Einsparpotential zu sehen ist, wenn der Energiebedarf des „neuen“ Leuchtmittels gleich hoch ist, wie bei HQL-Lampen.

Herr Schneider spricht sich dafür aus, dem Antrag Herrn Rothenpielers zu folgen.

**Beschluss (in Abänderung auf Antrag von Herrn Rothenpieler):**

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, die Kugelleuchten im Umfeld des Weidenauer Einkaufszentrums gegen Oberlicht-Laternen (ggf. Trilux) im Farbton RAL 4006 mit einer Bestückung, bei der das in Lüdenscheid vorgestellte „neue“ Leuchtmittel zum Einsatz kommt, auszutauschen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen (CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

55. BA 18.11.2002

**8. Pflasterung des Gehweges „Blumertsfeld“ in Kaan-Marienborn**

Vorlagenr. 2293/2002 - Vorlage vom 24.10.2002

dazu: Vorabauszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Bezirksausschusses III - Siegen-Ost - vom 05.11.2002

Die Herren Reitz und Schneider sprechen sich dafür aus, den Beschluss des Bauausschusses vom 30.09.2002 *nicht* zu revidieren.

Herr Cziba wünscht, die Formulierung „Natursteinpflaster sollte nur noch an repräsentativen Plätzen zum Einsatz kommen“ aus der Sachverhaltsdarstellung der

Vorlage zu streichen. Der Gehweg „Blumertsfeld“ sollte seines Erachtens mit Naturstein gepflastert werden.

Herr Brune macht auf ein an ihn gerichtetes Schreiben eines Anliegers aufmerksam, in dem dieser die Wiederherstellung mit Verbundsteinpflaster erbittet.

**Beschluss:**

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen bekräftigt seinen Beschluss vom 30.09.2002 (TOP 5, Buchstabe b) n. ö. T.), wonach der Gehweg entlang der Straße Blumertsfeld im Rahmen der SVB-Maßnahme durchgehend mit Verbundsteinen zu pflastern ist.

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
1 Enthaltung (UWG)**

**55. BA 18.11.2002**

**9. Bebauungsplan Nr. 315 „Am Siegenberg“ in Siegen-Oberschelden;  
hier: Versickerung**

Mündlicher Bericht

Herr Krüger nimmt ausführlich zur Entwässerung des geplanten Baugebietes „Am Siegenberg“ in Siegen-Oberschelden Stellung. Als Resultat hält er fest, dass § 51 a des Landeswassergesetzes, wonach Niederschlagswasser vorrangig ortsnahe zu versickern ist, für Wünsche einzelner Bauherren nach einem Kanalanschluss keinen Gestaltungsspielraum offenlässt. Ein gebührenpflichtiger Anschluss an den existierenden Mischwasserkanal ist zwar möglich, doch müssen die normierten Ausnahmetatbestände (z. B. widrige Bodenverhältnisse) im Einzelfall geprüft werden und kommen aller Voraussicht nach bei einem Großteil der betreffenden Grundstücke nicht zum Tragen. Mehrere Proben im Rahmen des Bodengutachtens attestieren die grundsätzliche technische Möglichkeit der Versickerung. Im Anschluss an den Vortrag beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder Reitz, Delius, Kraus, Berner, Leonhardt, Hellmann und Schultz.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**55. BA 18.11.2002**

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
Bearbeitet von: Herrn Brede

Datum  
24.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bauausschuss</b>	<b>18.11.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>04.12.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>18.12.2002</b>
<b>Bezirksausschuss I - Geisweid</b>	

Betreff:

**1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" in Meiswinkel;**

- hier:** ➤ Auf § 31 GO NW wird hingewiesen  
➤ Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen  
➤ Beschluss der 1. Bebauungsplanänderung als Satzung

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) keine Anregungen bzw. Stellungnahmen vorgebracht wurden;
3. die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" als Satzung;
4. die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" laut Anlage 2.



## **Sachverhalt / Begründung:**

Das Plangebiet der 1. Änderung des Bebauungsplanes umfasst das gesamte Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße. Die Bebauung des Plangebietes ist bis auf wenige Baulücken abgeschlossen.

Gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" sind Eigenheime in Flachdach- und Satteldachbauweise errichtet worden. Geleitet von den damaligen städtebaulichen Vorstellungen war im Bebauungsplan festgesetzt, dass westlich der Berghofstraße und in anderen Teilbereichen an der Straße "Über den Höfen" die Eigenheime mit Flachdächern zu versehen sind.

Diese Eigenheime sind eingeschossig, teilweise wegen der Hanglage mit sichtbarem Untergeschoss errichtet worden.

In den anderen Teilbereichen des Bebauungsplanes sind für die Eigenheime Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig. Entsprechend sind die Häuser so errichtet worden.

Mit der Begründung, Wohnraum zu schaffen und deshalb neben den Flachdächern auch Satteldächer zuzulassen, ist von einigen Bürgern diese Änderung beantragt worden.

In der Zeit vom 07.01. bis 21.01.2002 ist eine Bürgerbeteiligung durchgeführt worden. Die Niederschrift ist als Anlage beigelegt. Während dieser Bürgerbeteiligung sind Anregungen dahingehend vorgebracht worden, Drempele und Dachgauben zuzulassen. Den Anregungen ist gefolgt worden. Auf Empfehlung des Bauausschusses des Rates der Stadt Siegen ist die Drempeelhöhe auf 0,75 m erhöht worden.

Unter Berücksichtigung der umgebenden städtebaulichen Situation werden die Gestaltungsvorschriften des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" wie folgt geändert:

### Dächer:

1. Für die Hauptgebäude sind nur Flach- und / oder Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.
2. Für Garagen und sonstige eingeschossige Nebengebäude sind neben Satteldächern auch Flach- und Pultdächer zulässig.
3. Dachaufbauten sind mit einer Minstdachneigung von 20° zu versehen. Sie müssen von den Giebelaußenwänden mind. 1,50 m entfernt sein.  
Die Gesamtbreite der Dachaufbauten je Dachfläche darf insgesamt 1/3 der darunter liegenden Außenwandbreite betragen.
4. Drempele sind nur bis 0,75 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
5. Als Dacheindeckung sind außer bei Flach-, Solar-, Glas- und Gründächern nur Dachpfannen, Bitumenschindeln und Natur- und Kunstschiefer in den Farbtönen "grau" und "braun" zulässig. Als Grauton ist mind. lichtgrau nach RAL 7035 oder dunkler, als Branton ist mind. ockerbraun nach RAL 8001 oder dunkler zu wählen.

6. Zur Sicherung und Wahrung der Gebäudeproportionen ist eine Firsthöhe bzw. Dachoberkante von max. 4,50 m Höhe ab Oberkante Erdgeschossrohdecke bzw. Balkenlage bis Dachaußenhaut zulässig.

Die öffentliche Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" hat in der Zeit vom 16.09.2002 bis 16.10.2002 stattgefunden.

Mehrere Bürgerinnen und Bürger haben die Planunterlagen eingesehen und sich das Planungsziel erläutern lassen.

Schriftliche Anregungen sind nicht vorgebracht worden.

#### FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich
------------------------------	--------------------------	-----------------------------	---	--

#### VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune  
Stadtbaurat

Anlagen : 2

# B e g r ü n d u n g

zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße"  
im Stadtteil Siegen-Meiswinkel

## 1. Plangebiet

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Siegen-Meiswinkel an der Berghofstraße und ist im nachstehenden Lageplan umgrenzt.

## 2. Anlass und Ziel der Bebauungsplanänderung

Das Plangebiet der Änderung liegt in einem mit frei stehenden Eigenheimen bebauten Bereich beidseitig der Berghofstraße.

Die Grundstücke des Planbereiches sind größtenteils bebaut.

Geleitet von den damaligen städtebaulichen Vorstellungen war im Bebauungsplan festgesetzt, dass westlich der "Berghofstraße" und in anderen Teilbereichen an der Straße "Über den Höfen" die Eigenheime mit Flachdächern zu versehen sind. Die Eigenheime sind eingeschossig, teilweise wegen der Hanglage mit sichtbarem Untergeschoss errichtet worden.

In Teilbereichen des Bebauungsplanes sind für die Eigenheime Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.

Mit der Begründung, neben den Flachdächern auch Satteldächer zuzulassen, um Wohnraum zu schaffen und der Flachdachproblematik zu entgehen, ist die Zulassung von Satteldächern beantragt worden.

Eine daraufhin von der Stadt Siegen durchgeführte Anwohnerbefragung ergab, dass sich die Mehrheit für eine Änderung der Gestaltungsvorschriften ausgesprochen hat, während vier Anlieger sich gegen eine Änderung ausgesprochen haben.

Während der Bürgerbeteiligung ist die Zulassung von Drempeln und Gauben beantragt worden. 2 Bürger haben die Änderung begrüßt.

Unter Berücksichtigung der umgebenden städtebaulichen Situation sollen folgende Festsetzungsvorschläge umgesetzt werden:

### Dächer

- 2.1 Für die Hauptgebäude sind nur Flach- und/oder Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.
- 2.2 Für Garagen und sonstige eingeschossige Nebengebäude sind neben Satteldächern auch Flach- und Pultdächer zulässig.
- 2.3 Dachaufbauten sind mit einer Mindestdachneigung von 20° zu versehen. Sie müssen von den Giebelaußenwänden mind. 1,50 m entfernt sein. Die Gesamtbreite der Dachaufbauten je Dachfläche darf insgesamt 1/3 der darunter liegenden Außenwandbreite betragen.
- 2.4 Drempel sind nur bis 0,75 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
- 2.5 Als Dacheindeckung sind außer bei Flach-, Solar-, Glas- und Gründächern nur Dachpfannen, Bitumenschindeln und Natur- und Kunstschiefer in den Farbtönen "grau" und "braun" zulässig. Als Grauton ist mind. lichtgrau nach RAL 7035 oder dunkler, als Branton ist mind. ockerbraun nach RAL 8001 oder dunkler zu wählen.
- 2.6 Zur Sicherung und Wahrung der Gebäudeproportionen ist eine Firsthöhe bzw. Dachoberkante von max. 4,50 m Höhe ab Oberkante Erdgeschossrohdecke bzw. Balkenlage bis Dachaußenhaut zulässig.

### **3. Erschließung, Ver- und Entsorgung, Eingriffe in Natur und Landschaft, Stellplätze**

Die Erschließung des Änderungsbereiches erfolgt über die vorhandenen Erschließungsstraßen.

Die Ver- und Entsorgung ist durch die vorhandenen Leitungsnetze sichergestellt.

Eingriffe in Natur und Landschaft werden durch die Bebauungsplanänderung nicht ausgelöst.

Stellplätze müssen, soweit Dachgeschosse zu Wohnzwecken ausgebaut werden und eine selbständige Wohnung entsteht, auf den Grundstücken selbst nachgewiesen werden.

### **4. Kosten**

Kosten entstehen der Stadt durch diese Bebauungsplanänderung nicht.

Siegen, im März 2002

Stadt Siegen  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
I. A.

Ulrike Rohr

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 8 / Grünflächen  
Bearbeitet von: Herrn Langenbach

Datum  
15.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bauausschuss</b>	<b>18.11.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>04.12.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>18.12.2002</b>

Betreff:

**7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet von Siegen vom 27.01.1981; hier: Erhöhung der einzelnen Gebührentarife nach § 4 der Satzung**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß Anlage 9 die 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Siegen vom 27.01.1981.

### **Sachverhalt / Begründung:**

#### **I. Sachstand**

Der in Abstimmung zwischen dem Innenministerium NRW und den Bezirksregierungen erarbeitete Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten sieht vor, dass in den klassischen Gebührenhaushalten keine Unterdeckungen entstehen dürfen. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein hat in seiner Genehmigungsverfügung vom 22.05.2002 zur Haushaltssatzung 2002 der Stadt Siegen und zur 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes nochmals auf diesen Handlungsrahmen verwiesen und explizit das Anstreben der größtmöglichen Kostendeckung eingefordert.

Die Betriebsabrechnung weist für 2001 einen Kostendeckungsgrad von 72,87 Prozent aus, da die Gesamtausgabebezahlen gegenüber 2000 nochmals um ca. 46.000 € reduziert werden konnten. Das Ausgabenniveau liegt damit unter dem Wert von 1991. Im vergangenen Jahr wurden aufgrund der Erhöhung zum 10.07.2001 Bestattungsgebühren in Höhe von 1.879.137 € eingenommen (Haushaltsansatz für 2001 = 1.917.344 €).

Setzt sich allerdings der deutlich erkennbare Trend zu preiswerteren Bestattungsformen (Urnengräber) weiter fort (siehe hierzu auch das als Anlage 1 beigefügte Diagramm), werden die Gebühreneinnahmen bei Beibehaltung der jetzigen Gebührensätze in Zukunft wieder zurückgehen. Damit wird ein erneutes Absinken des Kostendeckungsgrades einhergehen, da die bestimmenden Kostengrößen, Personalkosten und kalkulatorische Kosten nicht beliebig weiter abgebaut werden können, wobei auch die Aufrechterhaltung eines reibungslosen Bestattungsbetriebes hier Grenzen setzt.

Um den Vorgaben des Handlungsrahmens zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten und der Forderung des Landrates zu genügen und gleichzeitig der angespannten Haushaltslage der Stadt Siegen Rechnung zu tragen, ist der unzureichende Kostendeckungsgrad weiter zu verbessern. Angestrebt wird ein hierbei ein Kostendeckungsgrad von ca. 80 %.

## II. Kalkulationsgrundlagen

### 1. Allgemeines

Die hier vorliegende Einzelkalkulation der Friedhofsgebühren wird aus der vorhandenen Betriebsabrechnung 2001 für den UA 750 - Bestattungswesen - abgeleitet, wie dies auch ausdrücklich die Ziele der Betriebsabrechnung vorsehen. Gleichzeitig sind die der letzten Kalkulation zugrundeliegenden Daten aktualisiert und an veränderte Gegebenheiten angepasst worden.

Durch die Neuregelung des § 6 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) ist ein Kalkulationszeitraum von bis zu 3 Jahren zulässig. Die vorliegende Kalkulation bezieht sich auf das Jahr 2003, da eine längerfristige Prognose stark risikobehaftet ist .

Da die Kostenrechnung sämtliche im Bestattungswesen angefallenen Kosten erfasst, können diese auch im Rahmen der Kalkulation vollständig verrechnet werden, wodurch eine kostendeckende Gebühr ermittelt werden kann.

In der Betriebsabrechnung erfolgt die Aufteilung der Gesamtkosten auf die Hauptkostenstellen 10 (Bestattung/Umbettung), 11 (Überlassung von Begräbnisplätzen), 12 (Trauerhallen und Leichenzellen) und die Nebenkostenstellen 13 (Grabmalgenehmigung und -prüfung) sowie 14 (Kriegsgräber und jüdische Friedhöfe). Bei der Kostenstelle 14 werden keine Gebühren erhoben.

Da jeder Kostenstelle mehrere Gebührenpositionen zuzuordnen sind, ist für die Gebührenermittlung eine weitere Aufteilung der Kosten erforderlich. Diese erfolgt im Fall der Kostenstelle 12 durch eine einfache Divisionskalkulation, bei der die kostendeckende Gebühr durch Division der Kosten für jeden der beiden Bereiche durch die jeweilige Fallzahl ermittelt wird. Bei den übrigen Kostenstellen erfolgt die Ermittlung der Einzelgebühren unter Anwendung des sog. Äquivalenzziffernverfahrens, welches in der Anlage 7 näher erläutert ist.

## 2. Änderung der Kalkulationsgrundlagen

Von der zugrundeliegenden Systematik her entspricht diese Gebührenkalkulation weitgehend den vorangegangenen Gebührenberechnungen vom Dezember 1997, Februar 2000 und Juli 2001. Allerdings hat die Entwicklung der letzten Jahre mit einer ständigen Zunahme der Feuerbestattungen (derzeitiger Anteil ca. 41 %, d.h. eine Verdoppelung in den letzten zehn Jahren) und insbesondere der anonymen Urnenbestattungen zu einem starken Ungleichgewicht zwischen den Gebühren für die Überlassung von Begräbnisplätzen für Urnenbestattungen und Erdbestattungen geführt da letztere nach dem bisherigen Berechnungsschlüssel aufgrund ihrer größeren Fläche die Hauptlast der Gebühren und der Gebührenerhöhungen zu tragen hatten. Bei unveränderter Vorgehensweise zur Gebührenermittlung wird sich diese Schieflage weiter verstärken, wobei dem Gebührenungleichgewicht zu Lasten der Erdgräber kein entsprechend größerer Nutzen gegenüber steht. Das hat zur Folge, dass die konventionellen Bestattungsformen einseitig belastet werden und die günstigeren Gebühren für Feuerbestattungen subventionieren.

Um wieder eine Gebührengerechtigkeit zu erreichen, müssen daher die Kalkulationsgrundlagen geändert werden, wobei an die Gebührenkalkulation für die Kostenstelle 11 – Überlassung von Begräbnisplätzen – nunmehr folgende Anforderungen zu stellen sind:

- ausgewogenere und sachgerechtere Gebührenerhebung
- stabile Grundlage für die notwendigen Gebühreneinnahmen
- Berücksichtigung des zusätzlichen Pflegeaufwandes für anonyme und Rasengrabstätten
- Staffelung der Gebühren für Reihen- und Wahlgrabstätten
- Berücksichtigung von Erschließungsaufwand und Flächenverbrauch



Die hierzu entwickelte Berechnungssystematik wird unter Punkt II,4 – Besonderheiten bei den einzelnen Kostenstellen – im Detail erläutert. Diese neue Systematik soll auch für künftig erforderliche Gebührenberechnungen beibehalten werden.

### 3. Einflussgrößen

Neben den Äquivalenzziffern (Gewichtungsfaktoren), mit denen die verschiedenen Leistungen vergleichbar gemacht werden, sind für die Neukalkulation der Einzelgebühren und insbesondere auch für die Ermittlung des Gesamtvolumens der Erhöhung, die Gesamtkosten der jeweiligen Kostenstellen sowie die entsprechenden Fallzahlen zu berücksichtigen.

Um das angestrebte Einnahmenvolumen und den damit verbundenen Kostendeckungsgrad tatsächlich zu erreichen und für den Kalkulationszeitraum beizubehalten, ist eine Prognose über die in diesem Zeitraum zu erwartenden Kosten und Fallzahlen zu treffen.

Die Kosten der einzelnen Kostenstellen werden hierzu aus der Betriebsabrechnung des Jahres 2001 abgeleitet. Dabei wird unterstellt, dass sich aufgrund der Budgetierung mit festen Ausgabegrenzen keine Veränderung der Unterhaltungs-/ Betriebskosten ergeben wird. Eine Ausnahme gilt nur für die durch den Kreis Siegen-Wittgenstein erhobenen Deponiegebühren. Aufgrund der dort für das Jahr 2003 beabsichtigten Erhöhungen ist mit einer Steigerung der Deponiekosten um ca. 40.000 € zu rechnen.

Für die kalkulatorischen Kosten sind weitere Veränderungen über die bereits erfolgte Berücksichtigung von Abzugskapital bei der Berechnung der kalkulatorischen Zinsen für die Trauerhallen hinaus nicht zu unterstellen, da davon ausgegangen werden kann, dass sich Zu- und Abgänge bei den Vermögenswerten als zugrundeliegenden Größen in etwa ausgleichen werden.

Im Bereich der Personalkosten sind die Personalkostensteigerungen für 2003 entsprechend der Kalkulation des SN A berücksichtigt.

Bei den Fallzahlen wird ein Prognosewert angesetzt, der sich aus der Entwicklung der Einzelfallzahlen im Zeitraum 1996 bis 2001 ergibt und diesen Trend fortschreibt. Die zugrundeliegende Gesamtfallzahl von 1.214 Bestattungen/ Jahr) im Bestattungsbereich entspricht dem Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2001.

### 4. Besonderheiten bei den einzelnen Kostenstellen

#### Kostenstelle 10 - Bestattung/Umbettung

Ausgangsbasis der Kalkulation ist hier der Zeitbedarf für die jeweilige Bestattungsart. Der bei bestimmten Bestattungsarten notwendige Einsatz des Gräberbaggers wird durch eine Gewichtung der Arbeitsstunden be-

rücksichtigt. Für die Ermittlung der Äquivalenzziffern ebenfalls von Bedeutung ist die in den Fällen der Ausbettung mit anschließender Überführung oder Ausbettung mit anschließender Wiederbestattung gewährte sogenannte Umbettungszulage.

#### Kostenstelle 11 - Überlassung von Begräbnisplätzen

Bei der Ermittlung der Äquivalenzziffern/ Gebühren in diesem Bereich wurden auch bisher schon folgende Gesichtspunkte berücksichtigt:

- die Brutto-Grabfläche in m<sup>2</sup>
- die Höhe der Erschließungskosten
- der Pflegeaufwand
- die unterschiedliche Nutzungsdauer der Grabstätten
- der Anteil des „öffentlichen Grüns“

Unter dem Begriff Brutto-Grabfläche ist die eigentliche Fläche der Grabstelle zuzüglich der unmittelbar angrenzenden Wegeflächen, die zur Nutzung des Grabes erforderlich sind, zu verstehen. Durch diese Größe wird der unterschiedliche Flächenverbrauch je Grabart dargestellt. Die Höhe der Erschließungskosten wird über einen Erschließungskostenfaktor berücksichtigt, der den unterschiedlichen Aufwand für die Anlage von Grabfeldern abbildet. Da bei anonymen Bestattungsarten und bei den Rasengräbern die Pflege der Grabflächen nicht durch die Nutzungsberechtigten, sondern die Grünflächenabteilung erfolgt, wird dieser - gegenüber sonstigen Grabstätten/ Grabfeldern erhöhte - Pflegeaufwand ebenfalls einbezogen.

Zur Bestimmung des Kostendeckungsgrades ist in diesem Bereich neben den Gebühreneinnahmen auch der sogenannte Anteil "öffentliches Grün" zu berechnen. Dies erfolgt entsprechend der Ausweisung im Betriebsabrechnungsbogen als zusätzliche Einnahmeposition - Erstattung von UA 580 – Grünflächen – für die Pflege der anteiligen Grünflächen auf Friedhöfen. Die Zurechnung dieses Anteils auf die einzelnen Gebührenpositionen erfolgt ebenfalls im Rahmen einer Äquivalenzziffernrechnung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Nutzungsdauern. Durch die Berücksichtigung des „öffentlichen Grüns“ kommt zum Ausdruck, dass die Friedhöfe mit ihrem zum Teil stadtbildprägenden Baumbestand und den Freiflächen auch einen nicht unerheblichen Erholungswert für alle Einwohnerinnen und Einwohner haben, der nicht dem Gebührenzahler zuzurechnen ist. Entsprechend dem Flächenanteil der Friedhöfe der nicht Bestattungszwecken dient, werden hierfür 33 % der Kosten der Hauptkostenstelle 11 veranschlagt.

Wie oben dargelegt, war die Berechnungssystematik zu überarbeiten, um sie den geänderten Anforderungen anzupassen. Dazu werden die auf die Kostenstelle 11 – Überlassung von Begräbnisplätzen – entfallenden Gesamtkosten zwei Kostenblöcke – grabartunabhängige und grabartabhängige Kosten aufgeteilt.

Die **grabartunabhängigen Kosten** bestehen aus den Pflege- und Unterhaltungskosten für die Grabflächen und Pflegeflächen der städtischen Friedhöfe. Diese Kosten fallen an, um den jeweiligen Friedhof als Ganzes betreiben zu können und benutzbar zu machen. Erst dadurch wird die Nutzung des einzelnen Grabes auf dem Friedhof ermöglicht. Daher werden diese Kosten auf alle Bestattungen gleichermaßen umgelegt, wobei nur nach der unterschiedlichen Nutzungsdauer und dem zusätzlichen Pflegeaufwand für anonyme bzw. Rasengräber differenziert wird.

Die **grabartabhängigen Kosten** setzen sich aus den kalkulatorischen Kosten, da diese den Aufwand für die Anlage der unterschiedlichen Grabfelder und den Flächenverbrauch abbilden sowie dem Teil der Abfallsorgungskosten zusammen, der auf die Grabpflege zurückzuführen ist. Für die Grabkammern werden die kalkulatorischen Kosten direkt dieser Bestattungsart zugerechnet. Die Verteilung der sonstigen grabartabhängigen Kosten erfolgt wie bisher unter Berücksichtigung der Bruttograbfläche, der Nutzungsdauer und der Erschließungskosten. Sie sind maßgeblich für die Differenzierung zwischen Grabarten mit gleicher Nutzungsdauer, z.B. zwischen den verschiedenen Erdgrabstätten.

Durch die Umstellung der Berechnungssystematik differieren die einzelnen Erhöhungsbeträge, abhängig von der vorherigen Gebührenhöhe, teilweise sehr stark. Dies ist ein einmaliger Effekt, der sich zukünftig nicht wiederholen wird.

#### Kostenstelle 13 - Grabmalgenehmigung und -prüfung

Die Äquivalenzziffern für diese Kostenstelle errechnen sich aus dem anteiligen Verwaltungsaufwand, aus dem Zeitbedarf für die Kontrolle des Grabmales vor Ort, aus der Überprüfung des Grabmales auf Standsicherheit sowie aus dem Zeitbedarf für das Abräumen nach Ablauf der Nutzungsdauer.

Durch die Berücksichtigung des unterschiedlichen Zeitbedarfes für das Abräumen der Gräber werden insbesondere die hierfür anfallenden Entsorgungskosten verursachungsgemäß zugerechnet.

### III. Änderung der Gebührensätze

Zur Zeit weisen die verschiedenen Kostenstellen unterschiedliche Deckungsgrade auf. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, im Rahmen der Gebührenanpassung einen einheitlichen Deckungsgrad für alle Kostenstellen anzustreben oder die notwendige Anpassung auf der Basis der vorliegenden Kostendeckungsgrade vorzunehmen.

Ein einheitlicher Kostendeckungsgrad für alle Kostenstellen würde Gebührensenkungen im Bereich der Bestattungen nach sich ziehen, die durch Anhebungen bei den sonstigen Kostenstellen ausgeglichen würden.

Die Hauptlast würde allerdings bei der Nutzung der Trauerhallen anfallen und dort zu einer deutlichen Steigerung der Nutzungsgebühr führen, da diese Kostenstelle den niedrigsten Deckungsgrad aller Kostenstellen aufweist. Ursächlich dafür sind auch die stark voneinander abweichenden Gesamtkosten je Kostenstelle. So macht eine Verbesserung des Kostendeckungsgrades um 1 Prozentpunkt, z. B. bei der Kostenstelle 10 einen Betrag von 5.621 € aus, bei der Kostenstelle 11 aber 27.533 €.

Um zu angemessenen Erhöhungen in den jeweiligen Bereichen zu gelangen, wird daher weiterhin von unterschiedlichen Kostendeckungsgraden je Kostenstelle ausgegangen.

#### Kostenstelle 10 - Bestattungen/ Umbettungen

Der Kostendeckungsgrad der einzelnen Gebührenpositionen innerhalb der Kostenstelle liegt bei ca. 100 %, so dass sich nur bei einigen Bestattungsarten minimale Gebührenerhöhungen von 1 – 8 € ergeben, wenn der vorgeschlagene Kostendeckungsgrad von 100 % beschlossen wird.

Da die fachlichen Gründe für unterschiedliche Gebührensätze bereits in die Kalkulation eingeflossen sind, besteht kein Anlass, darüber hinaus unterschiedliche Kostendeckungsgrade für die einzelnen Gebührenpositionen zugrunde zu legen, durch die bestimmte Gebührenzahler nochmals stärker belastet würden als andere.

Das Angebot von Rasengräbern trägt Wünschen aus der Bevölkerung Rechnung, die ein konventionell angelegtes Grab nicht pflegen können, aber dennoch keine anonyme Bestattung wünschen.

Die Beisetzung von Urnen in einer vorhandenen herkömmlichen Erd-Grabstätte anstelle in einem speziellen Urnengrab wird nicht separat ausgewiesen, da hier jeweils der gleiche Aufwand zu veranschlagen ist, der nur danach zu unterscheiden ist, ob es sich um eine Bestattung in einem Wahlgrab oder einem Reihengrab handelt.

Bestattungsart	kostendeckende Gebühr (EUR)	derzeitige Gebühr (EUR)	vorgeschlagene Gebühr (EUR)	Erhöhungsbetrag (EUR)
Reihengrab (Kinder)	286,87	285,00	286,87	1,87
Reihengrab (Erw.)	629,85	626,00	629,85	3,85
Reihengrab (Urne)	178,73	178,00	178,73	0,73
Rasengrab	822,15	817,00	822,15	5,15
Wahlgrab (Kinder)	332,12	330,00	332,12	2,12
Wahlgrab (Erw.)	709,03	705,00	709,03	4,03
Wahlgrab (Urne)	207,24	206,00	207,24	1,24
Grabkammer	412,66	410,00	412,66	2,66
Grabkammer (Urne)	207,24	206,00	207,24	1,24
Anonym (Urne)	137,10	136,00	137,10	1,10
Anonym (Urne mit A.)	204,97	204,00	204,97	0,97
Anonym (Erd)	822,15	817,00	822,15	5,15
Anonym (Totgeb.)	190,04	189,00	190,04	1,04
Leichenträger	79,18	79,00	79,18	0,18
Ausb./ Übf. (Erw.)	1.385,04	1.376,00	1.385,04	9,04
Ausb./ Übf. (Kind)	776,91	772,00	776,91	4,91
Ausb./ Übf. (Urne)	149,77	149,00	149,77	0,77
Ausb./ WB (Erw.)	1.747,02	1.736,00	1.747,02	11,02
Ausb./ WB (Kind)	954,28	948,00	954,28	6,28
Ausb./ WB (Urne)	173,75	173,00	173,75	0,75

(Anonym (Urne mit A.) = anonyme Urnenbestattung mit Teilnahme der Angehörigen; Ausb./ Übf. = Ausbettung zur Überführung, Ausb./ WB. = Ausbettung mit anschließender Wiederbestattung)

Eine detaillierte Übersicht zur Kalkulation der Gebühren der Kostenstelle 10 ist als Anlage (Anlage 2) beigefügt.

#### Kostenstelle 11 - Überlassung von Begräbnisplätzen

Ohne Gebührenanpassung wird der Kostendeckungsgrad bei dieser Kostenstelle auf ca. 40 bis 79 % zurückgehen. Die Ursachen hierfür liegen einerseits in den steigenden Kostenstellengesamtkosten aufgrund von Personal- und Deponiekostenerhöhungen. Aus den bereits im Falle der Kostenstelle 10 aufgeführten Gründen wird im Rahmen der Gebührenanpassung ebenfalls ein einheitlicher Deckungsgrad, hier von 80 %, für die Gebührenpositionen innerhalb dieser Kostenstelle zugrunde gelegt. Dieser errechnet sich, indem der

kostendeckenden Gebühr die Summe aus der hier vorgeschlagenen Gebühr und dem jeweiligen Anteil "Öffentliches Grün" gegenübergestellt werden.

Eine Ausnahme gilt nur für die anonyme Bestattung von Totgeburten, bei der nur eine geringfügige Erhöhung von 31,00 € vorgeschlagen wird (rechnerisch ergibt sich ein Erhöhungsbetrag von 678,48 €), damit der Abstand zu den gebührenfrei beizusetzenden Totgeburten mit einem Gewicht von weniger als 500 g nicht zu groß wird.

<b>Bestattungsart</b>	<b>kostendeckende Gebühr (EUR)</b>	<b>Anteil Öffentliches Grün (EUR)</b>	<b>derzeitige Gebühr (EUR)</b>	<b>vorgeschlagene Gebühr (EUR)</b>	<b>Erhöhungsbetrag (EUR)</b>
Reihengrab (Kinder)	1.754,80	719,34	356,00	684,50	328,50
Reihengrab (Erw.)	2.786,55	1.079,02	903,00	1.150,22	247,22
Reihengrab (Urne)	1.760,77	719,34	371,00	689,27	318,27
Rasengrab	3.226,34	1.079,02	1.245,00	1.502,06	257,06
Wahlgrab (NW)	3.437,87	1.079,02	1.628,00	1.671,28	43,28
Wahlgrab (HW)	3.903,53	1.079,02	2.026,00	2.043,81	17,81
Wahlgrab (Urne)	1.977,17	719,34	583,00	862,40	279,40
Grabkammer	2.728,16	431,61	1.592,00	1.750,92	158,92
Anonym (Urne)	1.915,65	719,34	51,00	813,18	762,18
Anonym (Erd)	3.226,34	1.079,02	1.074,00	1.502,06	428,06
Anonym (Totgeb.)	1.958,53	719,34	169,00	200,00	31,00

Die genaue Berechnung der Position "Öffentliches Grün" kann der als Anlage beigefügten detaillierten Übersicht zur Kalkulation der Gebühren der Kostenstelle 11 entnommen werden (Anlage 3).

#### Kostenstelle 12 - Trauerhallen und Leichenzellen

Für die Trauerhallennutzung beträgt der Kostendeckungsgrad 53,73 %, während im Falle der Nutzung der Leichenzellen (Aufbewahrung) ein Kostendeckungsgrad von 106,81 % zu erwarten ist.

Im sensiblen Bereich der Trauerhallennutzung soll der bisherige Gebührensatz von 297,00 € nur um 3,00 € auf einen glatten Betrag von 300,00 € erhöht werden, wodurch sich dann ein Kostendeckungsgrad von ca. 54,27 % ergeben würde. Für den Bereich der Aufbewahrung wird ein Kostendeckungsgrad von 100 % angestrebt, daher soll hier die Gebühr von 54,00 € auf 51,00 € gesenkt werden, um eine Kostenüberdeckung zu vermeiden.

Ein einheitlicher Kostendeckungsgrad von Trauerhallen und Leichenzellen (Aufbewahrung) ist bei dieser Kostenstelle nicht erforderlich, da es sich hier um voneinander unabhängige Vorgänge bzw. Nutzungen handelt (eine Nutzung der Trauerhalle erfolgt nur auf Wunsch).

Nutzungsart	kostendeckende Gebühr (EUR)	derzeitige Gebühr (EUR)	vorgeschlagene Gebühr (EUR)	Erhöhungsbetrag
Trauerhalle	552,75	297,00	300,00	3,00
Aufbewahrung	50,43	54,00	50,50	-3,50

Eine detaillierte Übersicht zur Kalkulation der Gebühren der Kostenstelle 12 ist als Anlage beigefügt (Anlage 4).

#### Kostenstelle 13 – Grabmalgenehmigung und -prüfung

Bei dieser Kostenstelle wird ein Kostendeckungsgrad von derzeit ca. 72 % erreicht. Angestrebt wird auch hier ein Kostendeckungsgrad von 100 %.

Genehmigungsart	kostendeckende Gebühr (EUR)	derzeitige Gebühr (EUR)	vorgeschlagene Gebühr (EUR)	Erhöhungsbetrag (EUR)
lieg. Grabmal	107,72	78,00	107,72	29,72
steh. Grabmal (Kind/Urne)	143,81	104,00	143,81	39,81
steh. Grabmal (Reihe)	188,52	136,00	188,52	52,52
steh. Grabmal (Wahl)	215,45	155,00	215,45	60,45
steh. Grabmal (Grabk.)	156,20	112,00	156,20	44,20

Eine detaillierte Übersicht zur Kalkulation der Gebühren der Kostenstelle 13 ist als Anlage beigefügt (Anlage 5).

#### **IV. Umfang der Gebührenerhöhung**

Durch die vorgeschlagenen neuen Gebühren sind Einnahmeverbesserungen in Höhe von 275.632,92 € gegenüber den Einnahmen zu erwarten, die erzielt werden können, wenn die Gebühren beibehalten werden. Die Einnahmeveränderungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Kostenstelle	Einnahmen (Beibehaltung derzeitige Gebühren) EUR	Einnahmen (neu) EUR	Veränderung EUR	Kostendeckungsgrad
Bestattung/ Umbettung	558.839,00	562.130,67	3.291,67	100%
Überlassung v. Begräbnisplätzen	1.039.436,00	1.291.480,97	252.044,97	80%
Trauerhallen	276.165,09	278.954,63	2.789,55	54%
Leichenzellen	45.036,00	42.117,00	-2.919,00	100%
Grabmalgenehmigung u. Prüfung	53.153,65	73.579,39	20.425,74	100%
<b>Summe</b>	<b>1.972.629,74</b>	<b>2.248.262,66</b>	<b>275.632,92</b>	

Die Einnahmen und deren Veränderung ergeben sich aus der Multiplikation der prognostizierten Fallzahlen mit der derzeitigen Gebühr bzw. der vorgeschlagenen Gebühr.

Der Kostendeckungsgrad errechnet sich dann folgendermaßen:

Bezugsjahr	2003	2001
<b>Gesamtausgaben (EUR)</b>	<b>3.998.672,71</b>	<b>3.846.712,14</b>
Gebühreneinnahmen (EUR)	2.248.262,66	1.879.136,74
Erstattung f. öff. Grün (EUR)	908.602,96	870.349,67
Erstattung f. Kriegsgräber (EUR)	42.408,59	42.408,59
<b>Gesamteinnahmen (EUR)</b>	<b>3.199.274,21</b>	<b>2.791.895,00</b>
<b>Kostendeckungsgrad</b>	<b>80,01%</b>	<b>72,83 %</b>

in den grau unterlegten Feldern finden sich die Vergleichswerte aus der Betriebsabrechnung 2001

#### Anlagen:

1. Entwicklung der Bestattungsarten
2. Gebührenkalkulation Kostenstelle 10 - Bestattung/ Umbettung
3. Gebührenkalkulation Kostenstelle 11 - Überlassung von Begräbnisplätzen
4. Gebührenkalkulation Kostenstelle 12 - Trauerhallen und Leichenzellen
5. Gebührenkalkulation Kostenstelle 13 - Grabmalgenehmigung und -prüfung
6. Bestattungsgebührenübersicht Umland
7. Erläuterung des Äquivalenzziffernverfahrens
8. Betriebsabrechnungsbogen 1998
9. Friedhofsgebührensatzung

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten  nein	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt-bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung <input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit 2.100.000 €	Haushaltsstelle 1.750.1100.5
---	---	-------------------------------	--	------------------------------

In Vertretung

Gesehen:

Brune  
Stadtbaurat

Stötzel  
Bürgermeister



## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9 / Straße und Verkehr  
Bearbeitet von: Frau Stroh

Datum  
28.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Betreff:

### **Umänderung der Beleuchtungsanlage im Umfeld des Einkaufszentrums Weidenau**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, die Kugelleuchten im Umfeld des Weidenauer Einkaufszentrums gegen Trilux Oberlicht-Laternen, im Farbton RAL 4006, mit der Bestückung 2X1X125 Watt HQL auszutauschen.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Die RWE Net AG hat die Kugelglasleuchten im Umfeld des Einkaufszentrums in Siegen Weidenau zur Renovierung vorgesehen.

Von der RWE wurden verschiedene Leuchten und Bestückungen zur Auswahl vorgeschlagen. Die Beleuchtungskommission hat am 07.10.2002 einstimmig eine Renovierung mit dem Leuchtentyp „Oberlicht–Laterne“ der Firma Trilux beschlossen, welche auch am Scheinerplatz und am Kornmarkt aufgestellt wurde. Verwendet werden Doppelausleger mit je 1X125 Watt HQL Lampen. Die Leuchten und Maste sollen den Farbton RAL 4006 „Verkehrspurpur“ erhalten.

Eine finanzielle Beteiligung an der Renovierung seitens der Stadt Siegen, ist nicht erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: -

2. Bei. IV vor Abgang zur Kenntnis
3. FB 9/2 z. d. A.

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9 / Straße und Verkehr  
Bearbeitet von: Frau Stroh

Datum  
24.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Bezirksausschuss III - Ost**

**05.11.2002**

---

**Bauausschuss**

**18.11.2002**

---

Betreff:

### **Pflasterung des Gehweges "Blumertsfeld" in Kaan-Marienborn**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Bezirksausschuss III des Rates der Stadt Siegen nimmt den geschilderten Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt nachträglich dem Beschluss des Bauausschusses vom 30.09.2002 zu.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Im Zuge der Leitungsarbeiten der SVB in der Straße Blumertsfeld im Stadtteil Kaan-Marienborn wurde vereinbart, das vorhandene Natursteinpflaster durch Verbundsteinpflaster auszuwechseln.

Die nachfolgenden Gründe haben die Verwaltung dazu bewogen, das vorhandene Altpflaster gegen Neupflaster zu tauschen.

Mit Verbundsteinpflaster lässt sich eine viel größere Ebenheit erzielen, welche gerade im Gehwegbereich für die Verkehrssicherheit ausschlaggebend ist. Zudem ist Natursteinpflaster, speziell bei überfrierender Feuchtigkeit, erheblich glatter.

Bei Ausbesserungsarbeiten oder Öffnung von Teilflächen aufgrund von Arbeiten an Versorgungsleitungen wird bei Natursteinpflaster ein unverhältnismäßig hoher Aufwand verursacht. Hier bietet Verbundsteinpflaster auch den Vorteil, dass durch den einfacheren Einbau die ursprüngliche Standfestigkeit wieder erreicht wird.

Im Bereich Gehweg Blumertsfeld wird der Winterdienst durch Mitarbeiter des städtischen Bauhofes getätigt, dies ließ sich in der Vergangenheit jedoch aufgrund des Natursteinpflasters kaum bewerkstelligen. Im Gehweg war ein starker Fugenbewuchs festzustellen, ebenso waren erhebliche Absackungen vorhanden und Pflastersteine fehlten.

Das Gefälle der Strecke beträgt 12%. Aus Gründen der Verkehrssicherheit wurden deshalb bereits in der Vergangenheit Teilbereiche des Natursteinpflasters im Gehweg Blumertsfeld durch Verbundsteinpflaster ersetzt.

Natursteinpflasterflächen, welche im Rahmen der Straßenunterhaltung erneuert wurden, sind aufgrund der Gewährleistung der Verkehrssicherheit stadtweit durch Verbundsteinpflaster ersetzt worden (z. B. Bismarckstraße, Samuel-Frank-Straße / Luisenstraße, Im Neuenhof / Hainer Hütte).

Nach Auffassung der Verwaltung handelt es sich bei dem besagten Gehweg nicht um ein schützenswertes historisches Bauwerk.

Natursteinpflaster (mit fester Fuge ausgebildet) sollte nur noch an repräsentativen Plätzen zum Einsatz kommen oder auf Kleinstflächen zur Anpassung unterschiedlicher Stein- bzw. Plattenformate.

Bei der Trassenauskundung für die zur Zeit durchgeführte Baumaßnahme der SVB wurde festgelegt, die Leitungen im östlichen Gehweg in Verlängerung der vorhandenen Leitungen vorzunehmen. Da der Gehweg wie bereits oben aufgeführt in einem sehr schlechten Zustand war, hat die Verwaltung vorgesehen, die Wiederherstellung der Gehwegfläche mit Verbundsteinpflaster vorzunehmen.

Unter Betrachtung einer sparsamen Haushaltsführung war dies die kostengünstigste Lösung.

Die Kosten werden von dem Versorgungsträger SVB übernommen.

**Der Bauausschuss hat dieser Verfahrensweise in seiner Sitzung am 30.09.2002 zugestimmt.**

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	---	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: -